

E-Mail-Newsletter

3. Februar 2009

Liebe Mitglieder und Interessierte,

mit unserem 134. E-Mail-Newsletter erhalten Sie das Programm für unsere Tagung/ unser Plenum am 7. März in Stuttgart, aktuelle Infos zur Aufnahme von irakischen Flüchtlingen in Deutschland u. a. m.

Unsere nächste Veranstaltung

7. März 2009: Friedensgemeinde Stuttgart: Tagung/Plenum des Flüchtlingsrates Baden-Württemberg mit Wahl des Sprecherrates (siehe Punkt 1)

Die Themen im Einzelnen:

1. Tagung/Plenum des Flüchtlingsrates Baden-Württemberg am 7. März

Das Programm für die Tagung am 7. März steht fest!

2. Infos zur Save-Me-Kampagne

Die Zahl der Patinnen und Paten, die sich bereiterklären, sich öffentlich für eine kommunale Flüchtlingsaufnahme stark zu machen und zugesagt haben, Flüchtlinge nach der Aufnahme zu unterstützen, steigt weiter.

3. Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Irak

- Aktuelle Infos von UNHCR zum Auswahlverfahren
- Weitere Infos zur Auswahl, zur Aufnahme und zum aufenthalts- und sozialrechtlichen Status

4. Flüchtlingsorganisationen fordern umgehende Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Gaza-Streifen

In einer Pressemitteilung der Landesflüchtlingsräte wird die Bundesregierung aufgefordert, sich für einen Waffenstillstand, für die Öffnung der Grenzen sowie Hilfs- und Krankentransporte einzusetzen.

5. Übernahme der Kosten bei der Beschaffung von Pässen

Wer bezahlt ALG-II-Empfängern, Leistungsberechtigten nach AsylbLG und SGB XII die Kosten für die Passbeschaffung? Hierzu Anmerkungen von Georg Classen, FR Berlin.

6. Asylstatistik 2008

Weiterhin geringe Zahl von Neuanträgen, fast so viele Widerrufe wie Anerkennungen

7. Bundesregierung vor dem UN-Menschenrechtsrat

Den Menschenrechten geht es gut in Deutschland, sagt die Bundesregierung in ihrem Staatenbericht im Rahmen des Allgemeinen Periodischen Überprüfungsverfahrens. Das bestreitet Pro Asyl in einer aktuellen Pressemitteilung.

8. EU: Kommission schlägt Reform des Asylrechts vor

Ziel der geplanten Reform sei, Asylsuchende in Europa "humaner und fairer" zu behandeln.

9. Bleiberechtsfälle gesucht

Für die Öffentlichkeitsarbeit bitten der Flüchtlingsrat B.-W. und Pro Asyl um die Zusendung von Kurzdarstellungen über Einzelfälle, die aus den Bleiberechtsregelungen herausfallen bzw. herausgefallen sind.

10. Pro Asyl-Newsletter Nr. 143, Jan. 2009

11. SFH-Newsletter "Länder und Recht"

vom 19. Januar 09

12. Neue Einträge auf roma-kosovoinfo.com

im Dezember 08/Januar 09

13. Ausstellung "Schau mich an" vom 10.02. - 03.04.09 noch verliehbar

14. Termine

Mit herzlichem Gruß

Ihr Reiner Klass

1. Tagung/Plenum des Flüchtlingsrates Baden-Württemberg am 7. März

Das [Programm](#) für die Tagung im Gemeindehaus der Stuttgarter Friedensgemeinde ist nun komplett: Vormittags finden vier Arbeitsgruppen zum Arbeitsmigrationssteuerungsgesetz, zum deutsch-syrischen Rückführungsabkommen, zur Aufnahme von irakischen Flüchtlingen und zur Integration von Bleibeberechtigten und Geduldeten in den Arbeitsmarkt statt. Das Hauptreferat am Nachmittag zur Lage im Nahen Osten und den Perspektiven der dort lebenden Flüchtlinge hält Jörg Armbruster, SWR. Außerdem gibt es den Rechenschaftsbericht des Vorstands zum Vereinsjahr 2008, und der Sprecherrat muss neu gewählt werden.

Ihre Anmeldung nehmen wir ab sofort gerne per Post, Fax oder E-Mail entgegen.

2. Infos zur Save-Me-Kampagne

Die Zahl der Patinnen und Paten, die sich bereiterklären, sich öffentlich für eine kommunale Flüchtlingsaufnahme stark zu machen und zugesagt haben, Flüchtlinge nach der Aufnahme zu unterstützen, steigt und steigt. Vier der bundesweit 21 Initiativen sind in Baden-Württemberg: Dort haben sich in Heidelberg mittlerweile 124, in Reutlingen 145 und in Tübingen 125 Personen bereiterklärt, Flüchtlinge, die im Rahmen eines Aufnahmeprogrammes nach Deutschland kommen, zu unterstützen. Neu hinzugekommen in BaWü ist vor Kurzem die Stadt Ulm! Dort wird am morgigen 4.02. im Haus der Begegnung, Grüner Hof 7, die Kampagne vorgestellt. Genauere Infos auf der Website.

www.save-me-kampagne.de

www.save-me-tuebingen.de

www.save-me-heidelberg.de

www.save-me-reutlingen.de

www.save-me-ulm.de

3. Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Irak

Aktuelle Infos von UNHCR zum Auswahlverfahren

In einem aktuellen siebenseitigen Papier mit dem Titel "[Informationen zum Ablauf des Aufnahmeverfahrens für irakische Staatsangehörige aus Syrien und Jordanien im ersten Halbjahr 2009](#)" beschreibt UNHCR, wie das Aufnahmeverfahren für irakische Flüchtlinge aus Syrien und Jordanien ablaufen soll, wer in Deutschland Aufnahme finden kann, welche persönlichen Voraussetzungen dafür vorliegen müssen, wer grundsätzlich ausgeschlossen ist, wer über die Aufnahme in Deutschland entscheidet und welcher zeitliche Rahmen für den Auswahlprozess vorgesehen ist.

Weitere Infos zur Auswahl, zur Aufnahme und zum aufenthalts- und sozialrechtlichen Status

- Aktuelles zum Resettlement irakischer Flüchtlinge
- Rotes Kreuz fordert Programm zur Flüchtlingsaufnahme
- Zur Flüchtlingsaufnahme in der EU
- Die Anordnung des BMI zur Flüchtlingsaufnahme
- Zum Auswahlverfahren des UNHCR und des BAMF
- Aufenthaltsrechtlicher Status, Familiennachzug
- Sozialer Status und Sozialleistungen

auf einem [aktuellen Papier von Georg Classen](#), FR Berlin

4. Flüchtlingsorganisationen fordern umgehende Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Gaza-Streifen

Landesflüchtlingsräte aus Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Berlin, Brandenburg, Bayern, Baden-Württemberg

Gemeinsame PRESSEERKLÄRUNG

Kiel, 14.1.2009, 0.00 Uhr

Flüchtlingsorganisationen fordern von der Bundesregierung umgehende Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Gaza-Streifen

Nach 18-monatiger Blockade des palästinensischen Gaza-Streifens führt Israel dort seit Jahresbeginn einen unter der Zivilbevölkerung opferreichen Krieg gegen die palästinensische Hamas. Mit der blutigen Gewaltspirale einhergehend ist ein humanitärer Notstand ausgebrochen.

Die Regionalbeauftragte der Caritas beklagt die Lage tausender ausgebombter Menschen: "Es gibt kein Wasser, keine Milch, kein Mehl, keinen Strom, keine Häuser, keine Decken." Das IKRK stellt fest, dass Verletzten wegen fehlender Garantien der Militärs kein ungefährdeter Zugang zu den Krankenhäusern mehr zugesichert werden kann. Medico International berichtet, dass auch Ambulanzen oder Gebäude der UN, in denen Flüchtlinge Zuflucht gesucht haben, beschossen werden. Die wenigen Hospitäler und Gesundheitszentren sind nach blockadebedingter 18-monatiger Mangelwirtschaft jetzt mit dem kriegsbedingten Ansturm Verletzter vollständig überlastet. Ohne Medikamente, Betten und Wundmaterial sterben die Menschen auf Klinikfluren und in Treppenhäusern. Hilfstransporte werden nicht durchgelassen oder sogar beschossen.

Doch für 1,6 Millionen Menschen gibt es in der Ruinenwüste des Gaza-Streifens keinerlei "inländische Fluchtalternative". Sowohl Israel als auch Ägypten riegeln die Grenzen hermetisch ab. Aed Yaghi von der Medical Relief Society: "Wir sitzen hier in einem Käfig und werden von allen Seiten bombardiert."

Angesichts dieses täglich weiter eskalierenden Szenariums fordern wir die Bundesregierung auf, sich gegenüber den Kontrahenten für einen sofortigen und bedingungslosen Waffenstillstand, für die Öffnung der Grenzen zum freien Geleit für Flüchtlinge, sowie für Hilfs- und Krankentransporte einzusetzen.

Die Bundesregierung wird ferner zur umgehenden Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Gaza-Streifen durch die Bundesrepublik Deutschland aufgefordert.

5. Übernahme der Kosten bei der Beschaffung von Pässen

Wer bezahlt ALG-II-Empfängern, Leistungsberechtigten nach AsylbLG und SGB XII die Kosten für die Passbeschaffung und wo muss die Übernahme der Kosten ggf. beantragt werden? Hierzu Anmerkungen von Georg Classen, FR Berlin:

Auch ALG-II-Empfänger müssen - ebenso wie Leistungsberechtigte nach AsylbLG und SGB XII - die Passkosten beim Sozialamt (und nicht bei der ARGE!) beantragen, und zwar als Beihilfe nach § 73 SGB XII.

Die Leistungen des Sozialamts in anderen Lebenslagen (§§ 47 - 74 SGB XII, z.B. Hilfe zur Pflege, Eingliederungshilfe für Behinderte, Bestattungskosten, Leistungen in sonstigen Lebenslagen wie § 73 SGB XII)

sind NICHT ausgeschlossen, weil der Antragsteller für seinen Lebensunterhalt bei der ARGE ALG II bezieht. Nur die Sozialhilfeleistungen zum Lebensunterhalt (§§ 27 - 46 SGB XII) sind dann ausgeschlossen, hierzu gehören die Passkosten für Ausländer aber nicht.

Zu den Passkosten gehören auch die Fahrtkosten zur Botschaft. Ob zur Passbeschaffung auch Fahrten in Ausland ausländerrechtlich gefordert werden dürfen und sozialhilferechtlich dafür die Kosten zu übernehmen sind, bezweifle ich. Dies mögen ggf. das Sozial- und Verwaltungsgerichte entscheiden. Das Aufenthaltsrecht von einer schon mangels Geldmitteln unerfüllbaren Bedingung abhängig zu machen ist m.E. jedenfalls ausländerrechtlich zweifelhaft.

Mehr zu den Passkosten siehe mein u.g. Buch, die Rechtsprechungsübersicht urteile2.pdf, sowie als Kurzübersicht zum Thema diesen Text hier http://www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/pdf/Eckpunkte_SGB_II_XII_Auslaender.pdf

Auszug:

"2.5 Passkosten

Anders als Deutsche, für die insoweit ein Personalausweis ausreicht, sind Menschen aus Ländern außerhalb der EU nach § 3 AufenthG verpflichtet, einen gültigen Pass zu besitzen, um sich legal in Deutschland aufzuhalten.

Die Kosten für die Fahrt zu Botschaft bzw. Konsulat und den Pass selbst betragen meist mehrere 100 €. Da diese Kosten für Deutsche nicht anfallen, sind sie im Regelsatz bzw. Regelleistung nicht enthalten, weshalb auch ein Verweis auf ein Darlehen nach § 23 Abs. 1 SGB II bzw. § 37 SGB XI unzulässig ist. Beansprucht werden kann stattdessen eine Beihilfe in sonstigen anderen Lebenslagen gemäß § 73 SGB XII, die (auch von ALG II-Berechtigten!) beim Sozialamt beantragt werden muss (LSG Bln-Brandenbg L15 B 24/06 AY PKH www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/docs/C2011.pdf)."

Und noch eine Anmerkung von RA Rainer Hofmann aus Aachen dazu, aus ANA-ZAR 1/2009:

Nachdem das OVG NRW (InfAuslR 2008, 417) www.fluechtlingsinfo-berlin.de/fr/docs/C2190.pdf zu den notwendigen Maßnahmen, die durch einen Ausländer zwecks Passbeschaffung zu erbringen sind, auch die Beauftragung eines ausländischen Rechtsanwalts zählt, dürften ja demnächst auf die Sozialämter beträchtliche weitere Kosten zukommen. Wegen der gesetzlichen Pflicht, den Pass zu beschaffen, ist nämlich dann auch dessen Honorar sozialhilferechtlicher Bedarf. Vielleicht veranlasst dieser Gedanke das OVG NRW ja zum Umdenken; siehe im Übrigen die Anmerkung von Gutmann, InfAuslR 2008, 419.

6. Asylstatistik 2008

Das Bundesinnenministerium hat in einer Pressemitteilung am 13.01.09 erste Zahlen zur Asylstatistik 2008 mitgeteilt:

"Im Jahr 2008 wurden beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 22.085 Asylersanträge gestellt. Damit kamen erstmals seit 2001 wieder mehr Asylbewerber nach Deutschland als im Vorjahr.

Die Steigerung der Zahl der Asylbewerber von 15,2 Prozent im Vergleich zu 2007 ist im Wesentlichen auf den deutlichen Anstieg irakischer Asylbewerber zurückzuführen, der sich durch die weiterhin schlechte Sicherheitslage im Irak begründet: 6.836 Iraker stellten 2008 einen Asylersantrag und damit 2.509 mehr als im Jahr 2007. Damit kam fast jeder dritte Asylbewerber aus dem Irak.

Dies wirkte sich entsprechend auf die Bilanz der Asylentscheidungen insgesamt aus: 7.291 Personen - darunter 5.730 Irakern - wurde 2008 die Rechtsstellung eines Flüchtlings nach dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli 1951 (Genfer Flüchtlingskonvention) zuerkannt; dies entspricht 35 Prozent aller Asylentscheidungen des Bundesamtes im Jahr 2008.

Trotz der Steigerung der Asylbewerberzahlen im Jahr 2008 befinden sich die Zugangszahlen weiterhin auf einem vergleichsweise niedrigem Niveau: vor 10 Jahren - also im Jahr 1998 - kamen noch etwa 100.000 Asylbewerber nach Deutschland, 1992 waren es sogar fast 440.000."

Pro Asyl kommentierte die Zahlen am selben Tag wie folgt:

Presseerklärung, 13.01.09

PRO ASYL zur Asylstatistik 2008

Weiter geringe Zahl von Asylneuanträgen - fast so viele Widerrufe wie Anerkennungen

PRO ASYL: Generosität sieht anders aus

Die jetzt veröffentlichte Asylstatistik des Bundesministeriums des Innern für das Jahr 2008 zeigt: Relativ wenigen Asylsuchenden gelingt die Flucht nach Deutschland. Die Neuantragszahlen bewegten sich 2008 nur geringfügig über dem historischen Tiefstand des Jahres 2007 (19.164). 22.085 Asylanträge, die 2008 in Deutschland gestellt wurden, sind angesichts von 67.000 Menschen, die die EU-Staaten allein über See erreicht haben (UNHCR-Statistik) eine geringe Zahl. Selbst nach Einschätzung des BMI ist dies ein niedriges Niveau.

Die tatsächliche Zahl der zur Asylantragstellung nach Deutschland eingereisten Personen ist sogar noch geringer. Rund zehn Prozent aller Erstanträge wurden im Jahr 2008 nämlich von Amts wegen für in Deutschland neugeborene Kinder von Asylantragstellern gestellt.

Wem es im Jahr 2008 gelungen ist, Deutschland zu erreichen, dem boten sich bessere Chancen, Schutz zu erhalten, als in den Vorjahren. Das Bundesamt hat im Jahr 2008 20.817 Entscheidungen getroffen. Dabei betrug die Gesamtschutzquote* 2008 unter Einbeziehung der Folgeanträge 37,7 % (2007: 27,5 %). In absoluten Zahlen: 2008: 7.848, 2007: 5.724 positive Entscheidungen.

Die relativ hohe Anerkennungsquote ergibt sich zum großen Teil daraus, dass knapp ein Drittel aller Asylsuchenden aus dem Irak kommt. Irakische Asylantragsteller wurden zu ca. 78 % anerkannt. Hohe Anerkennungsquoten gibt es auch bei Afghanistan (ca. 45 %), beim Iran (ca. 37 %), bei der Russischen Föderation (ca. 22 %) und Syrien (ca. 19 %).

Ungebrochen ist der Boom der Widerrufsverfahren gegen einen früher einmal gewährten Flüchtlingsstatus. Von Januar bis Oktober 2008 wurden in 31.000 Fällen entsprechende Widerrufsüberprüfungen eingeleitet und rund 30.000 Entscheidungen getroffen. In mehr als 5.800 Fällen führte dies auch zum Widerruf der Flüchtlingseigenschaft oder des anderweitigen Schutzes. Auf das gesamte Jahr 2008 hochgerechnet hat es damit etwa so viele Widerrufe gegeben wie Flüchtlingsanerkennungen.

Das Kalkül dieser Regierungskoalition ist ein etwas anderes als das der rot-grünen Vorgänger. War unter Bundesinnenminister Schily das Asylverfahren auf dem Weg zu Anerkennungsquoten nahe Null und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zu "Schilys Resterampe" verkommen, so hat Bundesinnenminister Schäuble immerhin erkannt, dass die Diskrepanz zwischen Menschenrechtskrisen und politischer Verfolgung in vielen Staaten und einer Politik der Nullanerkennung hierzulande evident ist.

Die in den letzten Jahren verbesserten Anerkennungsquoten sind dennoch nur eine Seite der Medaille. Von mehr Fairness im Asylverfahren lässt sich nur sprechen, wenn man Deutschlands zentrale Rolle bei der Abschottung Europas und der Fluchtverhinderung ebenso ausblendet wie die geölte Maschinerie der Widerrufsverfahren. Im EU-Verbund setzt Deutschland alles daran, dass immer weniger Flüchtlinge die Außengrenzen der EU erreichen. Wo solches nicht verhinderbar ist, werden die Folgen weiterhin den EU-Staaten aufgebürdet, in denen die Mehrzahl der Flüchtlinge strandet.

Mit der zunehmenden Zahl von Widerrufsverfahren ist selbst der Status anerkannter Flüchtlinge prekärer denn je. Statt einer sicheren Perspektive in Deutschland droht vielen Flüchtlingen der Drehtüreffekt.

Ein fairer, gar generöser Umgang mit Schutzsuchenden sieht anders aus.

gez. Bernd Mesovic, Referent

*Gesamtquote beinhaltet:

- Asylberechtigte und Flüchtlingsschutz nach der Genfer Flüchtlingskonvention
- Abschiebungsverbote gem. § 60 Abs. 2, 3, 5 und 7 des Aufenthaltsgesetzes (sog. subsidiärer Schutz)

7. Bundesregierung vor dem UN-Menschenrechtsrat

Den Menschenrechten geht es gut in Deutschland, sagt die Bundesregierung in ihrem Staatenbericht im Rahmen des Allgemeinen Periodischen Überprüfungsverfahrens. Das bestreitet Pro Asyl in einer Pressemitteilung:

Presseerklärung 29.01.09

Bundesregierung vor dem UN-Menschenrechtsrat: Ein Potemkinsches Dorf der Menschenrechte

Den Menschenrechten geht es gut in Deutschland, behauptet die Bundesregierung in ihrem Staatenbericht im Rahmen des Allgemeinen Periodischen Überprüfungsverfahrens. Am 2. Februar 2009 steht dabei die Umsetzung von Menschenrechtsabkommen hierzulande vor dem UN-Menschenrechtsrat in Genf auf dem Prüfstand.

Die optimistische Sicht des deutschen Sachstandes, die in der Behauptung der Regierung kulminiert, die Menschenrechte "gelten in Deutschland für jedermann, und dies nicht nur auf dem Papier, sondern in der alltäglichen Rechtswirklichkeit", wird von Menschenrechtsorganisationen nicht geteilt. Bei einer Pressekonferenz in Berlin stellten heute Vertreterinnen und Vertreter des Deutschen Frauenrates, des Verbandes binationaler Familien und Partnerschaften, PRO ASYL und des Forum Menschenrechte dem Anspruch die deutsche Wirklichkeit gegenüber.

"In Bezug auf die Umsetzungen des Asylrechtes hat die Bundesregierung ein ganzes Potemkinsches Dorf aufgebaut, in dem es sicher und gemütlich zugeht," kommentierte PRO ASYL-Geschäftsführer Günter Burkhardt das angeblich besondere Anliegen der Bundesregierung: Ihr uneingeschränktes Bekenntnis zum Schutz politisch Verfolgter. Die Realität ist: Deutschland beteiligt sich im EU-Verbund an Maßnahmen an den Außengrenzen, mit denen Schutzsuchende gerade daran gehindert werden sollen, EU-Territorium zu erreichen und einen Asylantrag zu stellen. Die Kooperation mit menschenrechtsverletzenden Regimen kennt beim Abschluss von Rückübernahmeabkommen und bei der paramilitärischen Grenzsicherung keine Grenzen.

Von einem subjektiven Recht auf Asyl, das die Bundesregierung besonders herausstellt, kann in der Realität nicht die Rede sein, wenn etwa im Rahmen der Dublin II-Verordnung Asylsuchende ohne Prüfung ihrer Fluchtgründe und ohne effektiven Rechtsschutz in einen EU-Mitgliedsstaat abgeschoben werden, in dem sie - wie in Griechenland - weitgehend rechtlos sind.

Hinter der Fassade des regierungsamtlichen Potemkin-Dorfes leben weitere Personengruppen, denen die Politik der Bundesregierung keine Sicherheit bietet: Seit 2004 hat Deutschland in ca. 50.000 Fällen den in früheren Jahren gewährten Flüchtlingsstatus widerrufen - und steht mit dieser Praxis in Europa alleine da. Auch die Gruppe der Kettengeduldeten mit langem Aufenthalt ist inzwischen wieder auf über 110.000 Menschen angewachsen. Die Bundesregierung schreibt sich auf die menschenrechtliche Haben-Seite ihrer Bilanz, dass 50.000 Personen einen Aufenthaltstitel nach der Altfallregelung erhalten hätten. Doch selbst diese Messe ist noch nicht gesungen. Etwa die Hälfte der Betroffenen haben den Status nur "auf Probe" erhalten. Ihr weiteres Schicksal ist von der Entwicklung des Arbeitsmarktes abhängig.

Alles in allem setzt die Bundesregierung mit dem Bericht auf das Prinzip Hoffnung: Sie hofft, dass es der Menschenrechtsrat so genau nicht wissen will.

PS.: Eine ausführliche Analyse der Menschenrechtspolitik in Deutschland finden Sie auf der Startseite unserer Homepage unter www.proasyl.de

8. EU: Kommission schlägt Reform des Asylrechts vor

Die Europäische Kommission hat Anfang Dezember Vorschläge zur Überarbeitung des europäischen Asylsystems vorgelegt. Ziel sei, Asylsuchende in Europa "humaner und fairer" zu behandeln. Unter anderem sollen Asylbewerber schneller eine Arbeitserlaubnis erhalten.

Die Vorschläge der Kommission sind ein erster Schritt, um die Grundsätze des Europäischen Pakts zu Einwanderung und Asyl umzusetzen, der im vergangenen Oktober verabschiedet worden war (vgl. MuB [9/08](#)). Der für Flüchtlingsfragen zuständige EU-Kommissar Jacques Barrot sagte: "Wir brauchen höhere Schutzstandards, einheitlichere Rahmenbedingungen und ein leistungsfähigeres System." So wichen derzeit die Asylbewerberzahlen und die Anerkennungsquoten in den Mitgliedstaaten deutlich voneinander ab. Barrot sagte, dass z. B. die Anerkennungsquote für Tschetschenen in der Slowakei etwa bei 0 % liege. In Deutschland werden 14 % der tschetschenischen Asylbewerber aufgenommen, in Österreich hingegen 85 %. Den Vorschlägen der Kommission müssen die Mitgliedstaaten und das Europäische Parlament noch

zustimmen. Für das Gesetzgebungsverfahren im Europäischen Rat und Parlament sind zwei Jahre veranschlagt.

Aufnahmebedingungen: Die Vorschläge zur Änderung der "Richtlinie über die Aufnahmebedingungen" betreffen v. a. die Bereiche Arbeit und Justiz. Demnach soll der Zugang zum Arbeitsmarkt für Asylbewerber erleichtert werden. Zurzeit müssen sie in zahlreichen EU-Ländern, darunter Deutschland, ein Jahr warten, bevor sie eine Arbeitserlaubnis erhalten. Mit der vorgeschlagenen Änderung sollen die Bewerber spätestens sechs Monate nach Stellung des Asylantrags Zugang zum Arbeitsmarkt bekommen.

Die EU-Kommission möchte auch, dass Asylbewerber regelmäßig Bargeld erhalten, um selbständig die notwendigsten Einkäufe zu erledigen. In Deutschland werden dafür bisher Sachleistungen wie Essen und Kleidung zur Verfügung gestellt. Asylbewerber mit besonderen Bedürfnissen, wie etwa Folteropfer, sollen außerdem das Recht auf juristischen Beistand und medizinische Leistungen (z. B. Reha-Maßnahmen) erhalten.

Inhaftierungen von Asylbewerbern sollen nur noch in Ausnahmefällen möglich sein. Die Kommission will vorschreiben lassen, dass Asylbewerber nur noch in Gewahrsam genommen werden, wenn sie eine "Gefahr für Recht und Ordnung" darstellen. Insbesondere sollen die Mitgliedstaaten gegen Asylbewerber keine Strafen wegen illegaler Einreise oder illegalem Aufenthalt verhängen und die Bewegungsfreiheit nur einschränken, falls erforderlich. Unbegleitete Kinder sollen gar nicht mehr in Gewahrsam genommen werden.

Dublin-II-Verordnung: Dieses 2003 in Kraft getretene Verfahren gestattet den EU-Mitgliedstaaten sowie Norwegen, Island und der Schweiz, Asylsuchende ins Land im so genannten Dublin-Raum zurückzuschicken, über das sie eingereist sind (vgl. MuB [5/07](#), [1/03](#), [9/03](#)). Jetzt schlägt die Kommission vor, die Rücküberweisung auf Antrag überlasteter Staaten auszusetzen. So sollen Länder mit einem großen Zustrom von Flüchtlingen, etwa die Mittelmeerländer, nicht mehr zusätzlich belastet werden - als Zeichen "innereuropäischer Solidarität".

Mitgliedstaaten des Dublin-Raums sollen außerdem eine Aussetzung von Überstellungen verlangen können, wenn sie die angemessene Behandlung und einen ausreichenden Schutz der Betroffenen in dem jeweiligen Mitgliedsland bezweifeln, etwa weil dort die Minimalstandards für die Behandlung von Asylsuchenden nicht umgesetzt werden. Aus diesem Grund ist etwa Griechenland schon häufig in Kritik geraten (vgl. MuB [9/07](#), [8/07](#)): Die UN-Flüchtlingsbehörde UNHCR und Menschenrechtsorganisationen wie Pro Asyl warnten erneut im Dezember davor, Flüchtlinge nach Griechenland zurückzuschicken, da Asylsuchende dort "übermäßigen Härten" ausgesetzt seien. Bereits im vergangenen Jahr hatte die EU-Kommission wegen bekannt gewordener Missstände zwei Verfahren gegen Griechenland vor dem Europäischen Gerichtshof eingeleitet.

Eurodac-Verordnung: Eurodac (European Dactyloscope), ein Informatiksystem zum Abgleich der Fingerabdruckdaten von Asylbewerbern, soll "effizienter" genutzt werden. Mit Eurodac, 2000 geschaffen und seit 2003 im Einsatz, können die Mitgliedstaaten feststellen, ob ein Asylbewerber oder ein Drittstaatsangehöriger, der sich unrechtmäßig in einem Mitgliedstaat aufhält, bereits vorher in einem anderen Mitgliedstaat Asyl beantragt hat (vg. MuB [5/07](#)).

Die Kommission schlägt vor, Bestimmungen einzuführen, die die prompte Übermittlung von Fingerabdruckdaten an das Zentralsystem von EURODAC gewährleisten und sicherstellen, dass nach der Dublin-Verordnung der für die Prüfung eines Asylantrags zuständige Mitgliedstaat korrekt ermittelt wird. Ziel sei, die Anwendung der Dublin-Verordnung zu erleichtern, aber auch Grundsätze des Datenschutzes zu verankern. So sollen sich die Mitgliedstaaten verpflichten, die Daten zu löschen, die für den Zweck, zu dem sie erhoben worden sind, nicht mehr gebraucht werden.

Reaktionen: Manfred Weber (CSU), innenpolitischer Sprecher der EVP-ED-Fraktion (Europäische Volkspartei und Europäische Demokraten) im Europaparlament, kritisierte die Verkürzung des Arbeitsverbots für Asylbewerber auf sechs Monate: "Die Mitgliedstaaten müssen einen Spielraum haben, der sich an der Situation auf den nationalen Arbeitsmärkten orientiert." Auch den Vorschlag, Asylbewerbern Geld zur Verfügung zu stellen, lehnte Weber ab, in Deutschland habe sich das Sachleistungsprinzip bewährt.

Der Europäische Rat für Flüchtlinge und Exilanten (ECRE), ein Zusammenschluss von europäischen Flüchtlingsorganisationen, lobte Verbesserungen für bestimmte Gruppen wie Opfer von Folter und Vergewaltigung, ältere Menschen und Kinder. Allerdings sei es enttäuschend, dass die von der Kommission

vorgeschlagenen Veränderungen nicht zum Kern des Problems vorstießen, erklärte ECRE. Denn die Dublin-Verordnung lasse die noch unterschiedlichen Anerkennungsverfahren in den einzelnen EU-Ländern außer Acht. "Wir fordern einheitliche Schutz- und Aufnahmestandards, damit Asylsuchende in Europa nicht weiter herumgereicht werden können", sagte Karl Kopp von Pro Asyl gegenüber "Migration und Bevölkerung". Sinnvoller als das Dublin-Verfahren sei die Schaffung eines Finanzausgleichs zwischen den europäischen Staaten. (Quelle: www.migration-info.de, Newsletter Jan./Feb. 2009)

9. Bleiberechtsfälle gesucht

Für die Öffentlichkeitsarbeit bitten der Flüchtlingsrat B.-W. und Pro Asyl um die Zusendung von Kurzdarstellungen über Einzelfälle, die aus den Bleiberechtsregelungen herausfallen bzw. herausgefallen sind.

Das Thema Bleiberecht wird eines der Themensein, das uns alle im Jahr 2009 beschäftigen wird. Damit Pro Asyl und wir als Landesflüchtlingsrat fundiert und aussagekräftig das Thema an die Öffentlichkeit bringen können, ist es notwendig, auch aus Baden-Württemberg Einzelfälle zu dokumentieren, die aus der Bleiberechtsregelung herausfallen bzw. herausgefallen sind. Dabei kommt es schon jetzt darauf an, Problembereiche möglichst genau zu erfassen und nicht erst Ende diesen Jahres auf die Problematik der Lebensunterhaltssicherung hinzuweisen.

Wir möchten Sie deshalb bitten, uns Kurzdarstellungen von Einzelfällen zuzusenden, bei denen der Antrag auf eine Aufenthaltserlaubnis nach der Bleiberechtsregelung abgelehnt worden ist.

Für die Kurzdarstellungen benötigen wir möglichst ausführliche Informationen zum Fall (wie z. B. Herkunftsland, Familiensituation, Einreisedatum, "Integration", Lebensunterhaltssicherung, was problematisch bei öffentlicher Darstellung sein könnte, etc.) und zum Ablehnungsgrund. Außerdem sollten wir das schriftliche Einverständnis der Betroffenen zur Veröffentlichung ihres Falles vorliegen haben.

Ihre Rückmeldungen senden Sie bitte an die Geschäftsstelle des Flüchtlingsrates Baden-Württemberg, Urbanstraße 44, 70182 Stuttgart.

10. PRO ASYL: Newsletter Nr. 143 Januar 2009

<http://www.proasyl.de/de/news/newsletter-ausgaben/nl-2006/newsletter-nr-143/>

Allgemeine Meldungen

[Desertierter US-Soldat hat in Deutschland Asylantrag gestellt](#)

[PRO ASYL für eine Ergänzung des internationalen Flüchtlingsrechts zum Schutz von Umweltflüchtlingen](#)

[Gemeinsames Analyse- und Strategiezentrum illegale Migration \(GASIM\) könnte u.U. verfassungswidrig sein](#)
[Zwangsvorfürungen abgelehnter Asylsuchender zur Feststellung der Staatsangehörigkeit rechtsstaatlich zweifelhaft](#)

[Untersuchung "Subsidärer Schutz" erschienen](#)

[Bundesrepublik zur Verhütung von Folter verpflichtet](#)

["AG Rück": Zentrales Instrument zur Steuerung der Rückführungsverfahren](#)

[Hamburg: Lange geduldete afghanische Staatsangehörige erhalten Aufenthaltserlaubnisse](#)

[Vergleichende Gegenüberstellung der Härtefallkommissionen der Bundesländer aktualisiert](#)

[Europäischer Gerichtshof: Das Ausländerzentralregister verstößt gegen das Diskriminierungsverbot der EU](#)
[HIV und Aids als Abschiebehindernis](#)

Herkunftslandbezogene- / Internationale Meldungen

[Bericht über Menschenrechtsverletzungen in Gambia erschienen](#)

[Situation irakischer Flüchtlinge in den Nachbarstaaten des Irak weiterhin erbärmlich](#)

[Norwegischer Außenminister gegen Aufnahme von Kontingentflüchtlingen aus der Demokratischen Republik Kongo](#)

[Neue Berichte zur Situation im Kosovo erschienen](#)

[Bericht "Libyen - wir waren in Misratah. Die Wahrheit über die 600 eritreischen Häftlinge" erschienen](#)

[Dienen staatliche Repressalien in Sri Lanka" in erster Linie der Verhinderung oder Aufklärung von Anschlägen der LTTE"?](#)

[Auswärtiges Amt bagatellisiert die Wirkung des deutsch-syrischen Rückübernahmeabkommens
Im Rechtssprechungsfokus: Türkeientscheidungen zum Widerruf des Flüchtlingsstatus](#)

Europameldungen

[Nachlese zum euro-afrikanischen Migrationsgipfel](#)

[Spanien liefert Flugzeug und Helikopter an die senegalesische Armee - zur Fluchtverhinderung](#)

[NAUTILUS-Mission soll ausgedehnt werden](#)

[EU-Kommission strebt Überarbeitung der Dublin II-Verordnung an](#)

[Fakten zur Praxis der Dublin II-Verordnung](#)

[UNHCR: Situation in Griechenland hat sich seit April weiter verschärft](#)

Meldungen zu:

· [Griechenland](#)

· [Großbritannien](#)

· [Italien](#)

· [Schweden](#)

· [Spanien](#)

· [Tschechien](#)

· [Zypern](#)

11. SFH-Newsletter "Länder und Recht"

vom 19. Januar 09

<http://www.osar.ch/2009/01/19/osar-newsletter-2009-01>

u. a. mit den folgenden Berichten:

HERKUNFTSLÄNDER <<http://www.osar.ch/country-of-origin>>

Bosnien-Herzegowina: Rückkehr einer alleinerziehenden Mutter

Judith Macchi 2009-01-08

Auskunft der SFH-Länderanalyse, 6. Seiten.

http://www.osar.ch/2009/01/08/bosnia_mother

Somalia: Update

Markus Virgil Hoehne für SFH 2008-12-17

Update vom Dezember 2008, 27 Seiten, englisch.

http://www.osar.ch/2008/12/17/somalia_update

Sri Lanka: Update

Rainer Mattern, SFH 2008-12-11

Update der SFH-Länderanalyse vom Dezember 2008, 19 Seiten.

http://www.osar.ch/2008/12/11/sri_lanka_update

Moldau: Behandlung bei paranoider Schizophrenie

Judith Macchi, Rainer Mattern, SFH 2008-12-04

Auskunft der SFH-Länderanalyse, 7 Seiten.

http://www.osar.ch/2008/12/04/moldava_schizophrenia

12. Neue Einträge auf roma-kosovoinfo.com

im Dezember 08/Januar 09 u. a.

Nachrichten:

15. Januar 2009

HRW: Menschenrechtssituation im Kosovo nicht verbessert

In ihrem neuen Weltjahresbericht 2009 entwirft die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) ein nüchternes Bild der Menschenrechtssituation im Kosovo. Roma, Ashkali und Ägypter seien weiterhin in allen Bereichen der Gesellschaft diskriminiert.

http://www.roma-kosovoinfo.com/index.php?option=com_content&task=view&id=195&Itemid=1

18. Dezember 2008

Studie zur "freiwilligen" Rückkehr in den Kosovo

Die Programme zur Förderung "freiwilliger" Rückkehr vermögen nur in sehr geringem Maße Existenz und Perspektiven von Rückkehrern zu sichern - trotz allen guten Willens der Verbände und der Beratungsstellen. Das ist das Ergebnis einer von PRO ASYL herausgegebenen Studie. Der Autor Stephan Dünnwald führte zahlreiche Gespräche mit Rückkehrberatungsstellen in Deutschland und unternahm mehrere Recherchereisen in den Kosovo. Dort untersuchte er die Lebenssituation abgelehnter Asylsuchender, die - teilweise mit Unterstützung deutscher Rückkehrberatungsstellen - zurückgekehrt sind.

http://www.roma-kosovoinfo.com/index.php?option=com_content&task=view&id=197&Itemid=1

16. Dezember 2008

HRW kritisiert Untätigkeit bei Kriegs- und ethnisch motivierten Verbrechen im Kosovo

In einem offenen Brief an Yves de Kermabon, Leiter der EU-Rechtsstaatsmission im Kosovo (EULEX), hat die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) angemahnt, Kriegs- und ethnisch motivierte Verbrechen entschieden zu verfolgen. Priorität sollten die schwerwiegendsten Fälle haben, denn die Justizbehörden des Kosovo hätten ihr Augenmerk bislang nur auf eine kleine Anzahl weniger schwerer Fälle gelegt. Es gebe außerdem nur einen begrenzten Fortschritt bei der juristischen Aufarbeitung von ethnischen Gewalttaten gegen Serben und Roma während der Unruhen im März 2004. Viele Ermittlungen seien zum Erliegen gekommen. Der Brief (engl.) ist hier zu finden:

<http://www.hrw.org/en/news/2008/12/16/open-letter-key-priorities-justice-system-reform-kosovo>

15. Dezember 2008

Untersuchung: Situation von Roma-Flüchtlingen aus dem Kosovo

Die unabhängige Organisation Romano Them ruft zur Mithilfe auf: Ziel ist es, aktuelle Informationen zur Situation von Roma-Flüchtlingen aus dem Kosovo in den EU-Mitgliedsländern zusammenzustellen, die für Lobby-Aktivitäten bei internationalen Organisationen sowie Regierungen verwendet werden können.

http://www.roma-kosovoinfo.com/index.php?option=com_content&task=view&id=198&Itemid=1

13. Ausstellung "Schau mich an" vom 10.02. - 03.04.09 noch verleihbar

Die Ausstellung "[Schau mich an](#)", 25 lebensgroße Porträt-Aufnahmen vom Flüchtlingen, die vom Flüchtlingsrat Baden-Württemberg kostenlos an Initiativen verliehen wird, ist in der Zeit vom 10. Februar bis 3. April 2009 noch nicht vergeben. Bei Interesse können Sie sich an die Geschäftsstelle des Flüchtlingsrates, Tel. 0711 5532834, Mail info@fluechtlingsrat-bw.de wenden.

14. Termine

Plenen des Flüchtlingsrats B.-W. in Stuttgart, Friedengemeindehaus:

07.03.2009 mit Wahlen zum Sprecherrat. Referat am Nachmittag: Jörg Armbruster: Thema: "Irak: Situation und Perspektiven". (Siehe Punkt 1)

11.07.2009

07.11.2009

Termine in Baden-Württemberg:

13.-14.03.2009: Diversity und Vielfalt. Eine gesellschaftliche Reaktion auf Diskriminierung. Mit dem Amsterdamer Vertrag erhielt die EU 1997 das Recht, Maßnahmen gegen Diskriminierung zu ergreifen. Auf dieser Basis hat die EU Richtlinien erlassen, die die Mitgliedstaaten umzusetzen haben. Deutschland verabschiedete 2006 das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz. Ist dieses Gesetz europarechtstauglich? Kann Recht Ausgrenzung wirklich verhindern?

Referentinnen / Referenten:

Johannes Brandstätter - Diakonisches Werk der EKD, Berlin

Prof. Dr. Ida H. J. Sabelis - VU University, Amsterdam

Andreas Lipsch - Interkult.Beauftragter der Ev. Kirche und des Diak. Werkes in Hessen und Nassau, Frankfurt/M.

Dirk Siegfried - RA und Notar, Mitglied der Bundesarbeitsgemeinschaft Schwule Juristen, Berlin

Ursula Schwarzenbart - Director Global Diversity Office, Daimler AG Stuttgart.

[Weitere Infos/Anmeldung](#)

Sonstige Termine, bundesweit:

4.-6.03.2009, Berlin, Kath. Akademie: V. Jahrestagung Illegalität: Irreguläre Migration - zwischen Grenzüberschreitung und Ausgrenzung. [Programm und Anmeldung.](#)

30.03.-1.04.09, Ev. Akademie Hofgeismar: Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen in Deutschland. 13. Fachtagung des Bundesfachverbandes UMF. Weitere Infos und Anmeldung beim Bundesfachverband UMF, Niels Espenhorst, Tel. 089 20244013

15.-17.05.2009, Berlin: Fachtagung gegen Abschiebehaft. [Weitere Infos.](#)

06.02.2009: Internationaler Tag Null-Toleranz gegenüber weiblicher Genitalverstümmelung.

[Hintergrundinfos.](#)

08.03.2009: Internationaler Frauentag

21.03.2009: Internationaler Tag für die Beseitigung der Rassendiskriminierung

16.-29.03.2009: Internationale Wochen gegen Rassismus

27.09.-3.10.2009: Interkulturelle Woche

02.10.2009: Tag des Flüchtlings

25.11.2009: Internationaler Tag "Nein zu Gewalt an Frauen"

10.12.2009: Tag der Menschenrechte